

Die Freiheit erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ und „Der Jugend-Geselle“...

Die Jahrgangspostens-Kontrollzettel über deren Form heftet L.-M. einschließlich Interattribution. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Interattribution...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Schwierigkeiten in Cannes

Differenzen zwischen Frankreich und Belgien

Ein Sonderbericht aus Cannes vom 10. Januar: Seit heute steht die Konferenz in Cannes ganz entschieden unter dem Eindruck der bevorstehenden Ankunft der deutschen Delegation...

531 Millionen Mark fallen Belgien zu, mit Ausnahme von 100 Millionen Mark, die sich in den Kassen der Banque de France befinden und die Frankreich bis zum 1. Mai 1923 benutzen darf...

Vorbereitungen für die Wirtschaftskonferenz

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Cannes meldet: Der Interalliierte Ausschuss, der die Bedingungen festlegen soll, unter denen die Konferenz in Genua zusammentreten wird...

Der Oberste Rat, der heute nachmittags wieder zusammentritt, wird die verschiedenen Vorschläge des Ausschusses zu ratifizieren haben. Er wird endlich noch die Aufgabe haben, die Liste der Mächte aufzustellen...

Von Tschischerin ist ein neuer Funkspruch folgenden Inhalts eingetroffen: Reuters erklärt, daß der Oberste Rat Genua als Sitz der Wirtschaftskonferenz vorschlägt...

Die Drienfrage

Briand hatte heute vormittag eine lange Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Louis Dubois. Heute vormittag ist der Unterhändler der französischen Regierung mit der nationalsozialistischen Regierung von Angora...

Punkte, über die die Anweisungen des Vorkonferenzrates Zweifel zulassen, können immerhin noch eine Änderung erfahren.

Kostenfestsetzung für die oberschlesische Befehung

Der Vorkonferenzrat wird zwischen dem 15. und 20. Januar die Gesamtkosten der oberschlesischen Verwaltung und Befehung für das verfloßene Jahr feststellen. Ebenfalls werden in dieser Zeit die Anteile festgelegt, die Deutschland und Polen an diesen Kosten...

Die Mostauer Tragödie

Protest der Arbeiter

Folgender Antrag kam in der Zahlstellenversammlung Anhalter Bahnhof des D. S. B. am 9. Januar 1922 zur Abstimmung und wurde gegen 5 Stimmen angenommen:

Die am 9. Jan. 1922 in der „Anhaltischen Ressource“ tagende Generalversammlung der Zahlstelle Anhalter Bahnhof des Deutschen Eisenbahner-Verbandes protestiert aufs schärfste gegen die zaristischen Maßregeln der Sowjetregierung von Rußland gegen Sozialrevolutionäre und Anarchisten...

Gegen diesen Antrag sprach von kommunistischer Seite der Zahlstellenleiter Joerg. Die Versammelten setzen es aber nach den Begründungen, die die Genossen W. Glanz und Hahn gaben, durch, daß der Antrag mit abigem Resultat gegen den Widerstand des Zahlstellenleiters angenommen wurde...

Die Einigung im Mittelpunkt

Die Diskussion auf dem Parteitag

Das Manifest an das Proletariat, das dem Parteitag von den leitenden Parteikörperchaften einmütig vorgelegt worden ist, hat bereits gezeigt, daß in den großen Fragen der deutschen Politik, der Einigungs-, der Koalitions-, der Steuerfrage keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen...

Die Debatte, die die gestrige Sitzung des Parteitages auflöste, hinterließ denselben Eindruck. Alle Redner betonten, daß die Erkenntnis des Klassenkampfes und der Wille, ihn zu führen, die unantastbare Grundlage der deutschen Arbeiterbewegung sein müsse...

Diese grundsätzliche Übereinstimmung aber schließt Abweichungen in der Form nicht nur, sondern auch bezüglich der Mittel und der Energie, mit der z. B. an der Herstellung der Einigung gearbeitet werden muß, nicht aus. Daß solche Abweichungen in der Auffassung sachlich ausgeglichen werden können, lehrte die gestrige Debatte des Parteitags...

Am stärksten aber war das Bekenntnis zur Notwendigkeit der Einigung in der Rede des Genossen Hilferding. In den Mittelpunkt seiner Darlegungen stellte er den Gedanken, daß die Gesetze der Ökonomie überall die Oberhand gewinnen über das Bestreben, wirtschaftliche Probleme mit Gewalt zu meistern...

Wir waren also die Träger der Vernunft, und aus diesem Prozeß, so folgerte Hilferding, müssen wir auch jetzt lernen. Denn die Frage der Einigung stellt uns erneut vor eine Situation, in der wir uns zu entscheiden haben, ob wir dieser Stimme der Vernunft folgen wollen oder überlieferterem Gefühl...

Bedeutet diese Freiwilligkeit Aufgabe unserer bewährten Grundsätze und unserer Auffassungen? Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von manchen Rednern diese Frage bejaht, am deutlichsten von Zubeil, Hansen (Kiel) und von Simon. Hilferding aber bestritt diese Auffassung entschieden...

Aber werden wir nicht bei einer Einigung, so klug es weiter in der Debatte, durch, von der größeren Zahl der rechtssozialistischen Mitglieder und von dem festen Parteipararat in den Händen einer Reihe von Führern, die sich nicht auf dem Boden des Klassenkampfes befinden, erdrückt werden? Wir haben keine Furcht vor numerischer Majorität, ebensowenig vor großen Parteipararaten...

Die deutsche Abordnung auf dem Wege nach Cannes

Paris, 10. Januar. Die deutsche Abordnung für Cannes traf heute um 11.10 Uhr hier ein und wird heute abend 1/2 Uhr nach Cannes weiterreisen.

Die Stundung der 720 Millionen Goldmark

Die Reparationsfrage stellt sich nach den letzten Nachrichten wie folgt dar: Von der ersten deutschen Goldmilliarde erhält England 450 Millionen als Vorschub auf seine Befehungskosten...

Zur Erfassung der Sachwerte

Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Geleise zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuern und des Reichsnoteopfers läßt nach wie vor auf sich warten...

Die Grenzfestsetzung in Oberschlesien

Die Tätigkeit der Grenzkommission in Oberschlesien ist nunmehr beendet. Die Uebernahme der Gebiete wird nach Beendigung der polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen erfolgen.

Wille und das Interesse des Proletariats ausschlaggebend sein wird.

Und noch ein weiterer Gedanke verschaffe Hilferding die gespannteste Aufmerksamkeit des Parteitag. Wie können wir die Menschheit erobern, wenn wir nicht einmal das Proletariat um uns zu Scharen imstande sind? Erst muß die Arbeiterklasse durch unsere Grundzüge beherrscht werden, ehe wir die übrige Welt uns dienstbar machen können. Bei diesem großen Ziel darf es kein kleinliches Schwanken geben. Indem wir fest auf dem Sinn des Sozialismus beharren, die Arbeiterklasse bilden, schaffen wir auch die Vorbedingungen, die übrige Welt zu beherrschen.

Zweifellos würde dieser Gedankengang Hilferdings die allgemeinste Zustimmung des Parteitages gefunden haben, wenn nicht die Vergangenheit der rechtssozialistischen Koalitionspolitik, und vor allem ihre tödlichen Beschlüsse großes Mißtrauen über die Zuverlässigkeit der Partei bei den Arbeitermassen erzeugt hätte. Sprach sich auch kein Redner gegen die Einigung aus, und ist nunmehr der Fortschritt gegenüber früheren Tagungen unverkennbar, so betonten doch viele die starken Bedenken, die sie gegen die Einigung haben. Es ist die Furcht vor einer Abschwächung des Klassenkampfes, der Verminderung der Macht der Arbeiterklasse, die diese Genossen beherrscht. Wie unbegründet diese Furcht ist, zeigte die Darlegung des Genossen Merkel (Solingen), der sich mit der größten Wärme für die Einigung einsetzte. Für die theoretischen Darlegungen Hilferdings, daß die Einigung sich auf dem Boden unserer Grundzüge vollziehen werde, gab er bedeutende praktische Beispiele. Dort, wo die Zusammenarbeit bereits erfolge, und wo die U. S. P. über tüchtige Genossen verfüge, da setzten sich diese Auffassungen stets durch, weil sie von den Genossen in den anderen Arbeiterparteien als die richtigen angesehen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Gedanke der Einigung ist in schnellem Fortschreiten begriffen. Ueber ihre Notwendigkeit besteht gar keine Meinungsverschiedenheit mehr, ebensowenig über den Weg. Gemeinsame Aktionen werden von allen Seiten als die Voraussetzung angesehen. Deshalb ist die Frage, ob das Problem der Einigung aus den theoretischen Erörterungen herauszutreten und praktisch verwirklicht wird, jetzt eine politische Frage und abhängig von der Stellung, die die Arbeiterparteien besonders in den kommenden Wirtschaftskämpfen einnehmen werden.

Die Personalpolitik bei der Post

Vor einigen Wochen wurden die neuen, sehr erheblich gesteigerten Postgebühren vom Reichstag bewilligt. Dabei ging es ein wenig Hals über Kopf, weil das hohe Haus gerade an diesem Tage lange beisammen bleiben und, wenn wir uns recht erinnern, sogar noch eine Nachsitzung einberufen mußte, um seine bedeutsamen Aufgaben mit der bekannten Sorgfalt zu erledigen. (Am nächsten Tage schrieb das „Berliner Tageblatt“ etwas von allzu reichlichem Konsum wohlverdienter „Erfrischungen“.)

Also Herr Giesberts erhielt seine Forderungen ohne Anstand bewilligt. Wie wir ihn kennen, wird er dazu neigen, aus solchem Geschehen den Schluß zu ziehen, doch auf allen Seiten volles Vertrauen und ungeteilte Zustimmung zu seiner Amtsführung besteht, daß alle Parteien ihm gern eine Menge Geld bewilligen, ohne danach zu fragen, was er damit macht. Und dieser Eindruck kann auch leicht außerhalb des hohen Hauses und des Kopfes des Herrn Giesberts entstehen.

Um ihn zu zerstreuen und Herrn Giesberts vor solchen unangebrachten Vorstellungen zu bewahren, die für ihn nur zu bitteren Enttäuschungen führen müssen, geben wir einer Zeitschrift Raum, die wir vom Zentralbetriebsrat beim Reichspostministerium erhalten. Sie lautet:

In der Sitzung des Reichsrates am 12. Dezember hat der Reichspostminister Giesberts Ausführungen gemacht, nach denen das Defizit bei der Reichspost auf den zu hohen Personalstand zurückzuführen ist. Dies darf nicht unwidersprochen bleiben.

Die Massenentlassungen bei der Post gehen nicht erst seit Frühjahr 1921, sondern bereits seit Frühjahr 1920. Die Zahl der nicht beamteten Arbeitskräfte, Arbeiter, Hilfskräfte, hat sich seit Frühjahr 1920 um rund 60 000 verringert. Von diesen werden etwa 20 000 in das Beamtenverhältnis übernommen worden sein. Gleichzeitig sind indes Zehntausende von Neueinstellungen erfolgt. Allein in der Zeit vom 1. 4. 21 bis 1. 7. 21 hat sich die Zahl des Gesamtpersonals von 358 343 auf 366 248 erhöht, also um 7905. Unter Berücksichtigung der Entlassungen, Abgänge durch Tod, Pensionierung usw. dürfte dies einer Neueinstellung von rund 15 000 gleichkommen. Sie erfolgten innerhalb eines Vierteljahres!

Trotzdem klagt die Post dauernd über Personalüberschuß, obwohl die Beamten kaum wissen, wie sie die Arbeit erledigen sollen. Es handelt sich nur in der Praxis darum, die nichtbeamteten, aber seit Jahren eingearbeiteten Kräfte durch völlig neue beamtete Kräfte zu ersetzen. Die Postverwaltung arbeitet gegenüber dem nichtbeamteten Personal stets mit Gründen: Rückgang des Verkehrs, Mindererkrankten und beurlaubten Beamten und daher — Entbehrlichkeit. Der Minister selbst erklärt, daß der Postverkehr den Friedensstand fast erreicht hat. In der Telegraphie, im Fernspreewesen und Postwesen, sowie im Säckereiwesen sollen sogar beträchtliche Verkehrssteigerungen zu verzeichnen sein. Das bedeutet doch allgemeine Steigerung des Verkehrs.

In der Tat ist die „Entbehrlichkeit“ der nichtbeamteten Kräfte erst durch die Neueinstellungen geschaffen worden. Die Entlassungen haben der Post einige Zehntausende an Entschädigungsummen, Uebergangs- und Abfertigungsgeldern, die Ausschüttung infolge der Neueinstellungen werden sich nicht zahlenmäßig feststellen lassen, dürften aber mit 75 bis 100 Millionen im Jahre kaum zu niedrig gegriffen sein. Nach jeder Gebührenerhöhung ist vorübergehend ein Verkehrsrückgang eingetreten, der stets zu Massenentlassungen ausgenutzt wurde. Ebenso regelmäßig ist der Verkehr später gestiegen, der Neueinstellungen von beamteten Kräften zur Folge hatte. So wird es auch diesmal kommen. Die dauernde Steigerung der Materialpreise ist bekanntlich zu einem erheblichen Teil auf die Wüchergewinne der privaten Industrie zurückzuführen. Hier greift man nicht ein. Im Gegenteil, das ganze Defizit soll auf Kosten des Personals ausgeglichen werden.

Da tatsächlich kein Personalüberschuß ist, zumal der Wirtschaftskrieg bei der Beamtenfrage schon durchbrochen, beim Arbeiterpersonal der gleiche Verlust zunächst geschleitet ist, hat der Zentralbetriebsrat bisher stets Entlassungen abgelehnt und somit auch niemals Grundzüge für Entlassungen mit dem Ministerium vereinbart, außer bei allen vom 1. März 1921 ab zur Durchführung des Erholungsurlaubes eingestellten Kräften.

Diese Angaben erscheinen uns so bedeutsam, daß es schon lohnt, ihre Wege auf Herrn Giesberts und den Postbetrieb zurückzuführen. Wir ermahnen den Reichstag, sich mit der Post bald in der gleichen eingehenden Weise zu beschäftigen, wie mit der Eisenbahn. Es tut na!

Die Opfer von Oppau. In der außerordentlichen Generalversammlung der Badischen Kalk- und Sodafabrik wurde mitgeteilt, daß bei dem Oppauer Unglück 522 Personen ihr Leben eingebüßt haben, 1007 verletzt wurden und daß 41 Personen vermisst werden.

Eisenbahnerbewegung im Westen

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ ist im Rheinlande neuerdings eine Unruhe unter den Eisenbahnern fühlbar. Das Blatt teilt mit:

Die Sozialdemokratische Partei Kölns hat gestern an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Differenz über die Auffassung der Abmachungen zwischen Reichsregierung und Eisenbahnerorganisationen betreffs der Belohnungszulagen droht zu neuen Verzögerungen zu führen. Wenn das eintritt, steht das Rheinland vor außerordentlichen politischen Konsequenzen. Wir bitten dringend um beschleunigte Erledigung.“

Gleichzeitig wurde an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Wenn es nicht gelingt, über die verschiedene Auffassung wegen der zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Abmachungen über die Belohnungszulagen umgehend zu einer Einigung zu kommen, drohen außerordentliche politische Konsequenzen für das Rheinland. Wir bitten dringend, auf die Reichsregierung in diesem Sinne einzuwirken.“

Auch wir erwarten, daß Herr Gröner und die Seinen keinen neuen Konflikt heraufbeschwören, sondern sofort Wege beschreiten, um zu einer vernünftigen Einigung mit den Eisenbahnern zu kommen.

Noch ein „feines Manöver“

Wie die Moskauer die Einheitsfront herstellen wollen

In Nr. 1/2 des 4. Jahrganges der Zeitschrift der „Neue Weg“, des Organs der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, wird nachfolgender Brief veröffentlicht, der von Karl Kadel in Moskau stammt und an seine Freunde in der Zentrale der K. P. D. gerichtet ist:

An die Genossen Felix, Thomas, Thalheimer, Hedert, Meier, Söthcher.

Liebe Genossen!

Die Post verlagte, so daß Ihr auf einmal drei Briefe erhalten werdet. In der Frage des Kampfes gegen die Entwürfe des „Vorwärts“ habe ich nichts Neues zu sagen. Ich habe mich hier mit den erfahrensten Genossen beraten, und alle sind derselben Meinung, die ich im letzten Briefe entwickelt habe: Solidarischer Kampf der gesamten Partei. Gemeinsame Tragung der Verantwortung für die Märzaktion unter Hervorhebung, daß Dummheiten nicht wiederholt werden dürfen, aber ehrliche Kämpfer nicht im Stich gelassen werden dürfen. Ueberwindung des Angriffes durch Gegenangriff unter der Führung: Gemeinsame Front gegen das Kapital. Trotz aller Nebenarten von der Gleichrichtung der Lage Deutschlands (Moratorium usw.) wird die Lage der Arbeiterklasse immer schwieriger materiell, und die Lage der Bourgeoisie und Sozialdemokratie immer verwickelter. Man muß geduldig die Idee der Arbeiterregierung verteidigen. Nun das Neue, was ich mitteilen will: Wir ventilieren hier sehr ausführlich die Fragen, ob man die Lösung „Gemeinsame Front“ internationalisieren kann. Wir haben die Frage im russischen Zentralkomitee besprochen, das sie bejaht hat. Sinowjew hat einen Entwurf geschrieben, den wir einstweilen bearbeiten und detaillieren. Die Exekutive hat die Fragen ausführlich provisorisch besprochen und wird zu der Sache Stellung nehmen, sobald die Resolutionsentwürfe vorliegen. Der Grundgedanke ist der, sich am 1. April, den 2. und 3. zu wenden mit einem Vorschlag, eine gemeinsame Demonstration international zu organisieren gegen neues Rüstren, für die Annulierung der Kriegsschulden, gegen die Belegung des Ruhrgebietes, für Anerkennung Sowjetrusslands. Sie haben sozial geschrieben: „Nie wieder Krieg“. Sollen sie ablehnen (!) Die Scheidemann werden interessiert sein an der Demonstration gegen die Reparations-Schulden. Lloyd George wird ganz gern eine Demonstration gegen Frankreich haben. Das bedeutet, daß Henderson mitmachen wird, und gehen sie in dieser Sache mit, wie können sie später gemeinsames Auftreten ablehnen, wenn es sich darum handelt, ein gemeinsames Demonstration gegen die Unternehmertumsoffensive. Der gemeinsame Aufmarsch bringt uns in Fühlung mit Arbeitern, Massen, die von uns bisher isoliert waren und wir werden zu diesen Massen sprechen, wie uns der Schmelz gemacht ist. Vom deutschen Standpunkt ist noch zu bemerken, daß, falls die Scheidemann sich international nicht isolieren lassen können — sie brauchen die Hilfe gegen Frankreich, so wird es ihnen viel schwieriger sein, auch in Deutschland zu isolieren. Bepreist euch diese Dinge und schreibe uns darüber eure Meinung. Die Gefahr aller dieser Dinge besteht darin, daß unsere Leute fest im Auge folgendes behalten: durch die Spaltung haben wir die Avantgarde herausgebildet, sie gestärkt. Jetzt suchen wir durch die Lösung der allgemeinen Front die Reserven heranzuziehen. Wir werden sie führen können, wenn wir klar verstehen, daß wir politisch, geistig und organisatorisch eine selbständige Kraft zu bleiben haben, die den Willen hat, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu erobern. Darum sind die Tendenzen der K. P. D. so gefährlich. Wir können, wenn notwendig, auch Isola. Für die ist das Isola und Statuten die Stimme der Revolution. Jede Idee der Annäherung an die K. P. D. ist ein Verbrechen. Wir können einzelne von ihnen zurückassimilieren. Als Ganzes sind sie für uns Gift, und Gott sei Dank, daß es aus dem Organismus der Partei ausgeschlossen ist. Wir denken an eine erweiterte Sitzung der Exekutive, zu der besondere Vertreter kommen müßten. Zum Schluß: Was eure Vertretung anbetrifft, so halte ich persönlich, daß es gut wäre, wenn ihr als einer der Vertreter Heinrich (Brandier) ernennen würdet. Er hat im Prozeß große Fehler getan, aber niemand von uns nimmt an, daß er aus Feigheit es getan hat. Er hat sich verpekoriert, wollte zu Isola sein. Jedemfalls ist er ein starker Mensch, ein Mensch mit großem Realitätsinn. Die Prozeßwunde muß vernarben. Sobald er zurückkommt, wird er sich seinen Platz in der Partei zurückgewinnen. Hier seine Kraft inschlagen, wäre ein Verbrechen. Ich schreibe das, obwohl ich weiß, daß es Leute gibt, die auf die zuweisen Ratsschlüsse und Winklagen. Ich spreche darauf, denn ich weiß, daß Ihr meinen Ratsschlüsse gebrauchten, selbst wenn mancher Schulmeister (Kriesland ist gemeint. Red.), der noch im Jahre 1917 gegen den Spartakusbund war, jetzt als geistiger Riese ansetzt, der ein Narr aus eigener Kappe sein kann. Ich schreibe über diese Kartreien, weil Gennari erzählt hat, daß manchen Leuten der nahe Kontakt, den ich mit euch aufrecht zu erhalten suche, nicht gefällig. In aller Bescheidenheit glaube ich, nicht weniger Recht zu haben, der deutschen Partei Ratsschlüsse zu geben wie jeder andere deutsche Genosse. Sie braucht sie nicht zu akzeptieren, wenn sie nicht gefallen. Sowie! für heute.

Beste Grüße an euch alle

Moskau, den 6. Dezember 1921.

896: Karl.

Dieses Schreiben ergänzt würdig die Rede Sinowjews in der Moskauer Exekutive, die sich gleichfalls mit der Herstellung der Einheitsfront befaßte und die Kommunisten aufforderte, ein „sehr feines Manöver“ zu diesem Zwecke durchzuführen. Auch der Kadel'sche Brief zeigt, daß die kommunistische Parole von der Einigung nichts anderes als eine Spekulation auf die Dummheit ist. Weil die Masse der Arbeiterklasse von den putschistischen Methoden der Kommunisten sich abwendet, die ewigen Spaltungen gründlich satt hat und die Moskauer Internationale isoliert, will man es jetzt andersrum anfangen. Mit dem Dolch im Gewande, wie in der Schiller'schen Ballade der Tyrannenmörder, mit Schlaueit und Arglist, schleichen sich die Moskauer an die sozialistischen Parteien und an die Gewerkschaften heran, um daraus ein Geschäft für die eigene Partei zu machen. Besonders bemerkenswert ist dabei noch, daß man sich zwar mit Hölle und Teufel, mit Lloyd George und Scheidemann verbrüdernd will, für die Genossen aus der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft aber nur Gift und Galle übrig hat. Das nennt sich eine Einigung!

Die ganze Sache hat aber noch eine Nebengeschichte. In unserer Abendausgabe vom 19. Dezember 1921 veröffentlichten wir den Beschluß des Bureaus der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien zur Einberufung einer allgemeinen Konferenz der Arbeiterparteien. In der Morgenausgabe vom 20. Dezember lehnte die „Rote Fahne“ die Teilnahme an der Konferenz unter fadenscheinigen Gründen ab. Einen Tag später war der Wind umgeschlagen und eine neue Parole im Anzug. Inzwischen war nämlich der Brief von Kadel in der Zentrale angekommen und die „Rote Fahne“ mußte mitteilen, daß die Gedanken zur Bildung einer einheitlichen Kampffront bereits der Gegenstand „internationaler Diskussionen“ seien. Wieder einen Tag darauf kam das Produkt dieser „internationalen Diskussionen“ in der „Rote Fahne“ zum Vorschein, nämlich ein Konkurrenz-Aufruf der Moskauer Exekutive zur Herstellung der Einheitsfront. Aus alledem ersieht man worauf es den Kadel und Sinowjew und ihren kleinen Nachbarn in Berlin ankommt: neue Verzögerung soll in die Arbeiterklasse getragen werden, unter der Maske der Einigungspapier will man die kommunistische Parteifuppe zum Kochen bringen.

Nur Berachtung . . .

Auf unsere gestrigen Glosten über die seltsame Art, mit der die „Rote Fahne“ für eine Amnestierung der politischen Gefangenen eintritt, antwortet dieses Blatt mit folgender ebenso dreckiger wie hilflos verlogener Bemerkung:

„Wenn übrigens die ‚Freiheit‘ auf's neue wegen des russischen Hungerstreiks gegen uns zu Felde zieht, so geschieht dies nur darum, weil ihr diese menschlichen Meldungen ein willkommener Vorwand sind, um gegen die Amnestie der Märzgefangenen zu gehen. Die deutschen Arbeiter werden für eine solche Methode nur Berachtung übrig haben.“

In der Tat: Nicht nur jeder Arbeiter, sondern überhaupt jeder anständige Mensch kann für eine solche Methode der Polemik nur Berachtung haben. Eine Rechtfertigung gegen diese Unverschämtheit haben wir nicht nötig, aber kennen lernen muß die Arbeiterklasse diesen Ton des Kommunistenblattes.

Beamtenfragen der Schupo

Von zuständiger Stelle wird den P. P. A. geschrieben: Am 5. und 6. Januar 1922 haben im Reichsministerium des Innern Besprechungen mit Vertretern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Der Reichsminister Dr. Köster eröffnete die Tagung und wies hierbei darauf hin, daß die beschleunigte Regelung der noch schwebenden Fragen, in Sonderheit die der Besorgung der Beamten der Schupo, eine unbedingte Notwendigkeit sei. Im Verlauf der Besprechung wurden die Wünsche der Beamtenhaft eingehend erörtert und gewürdigt, in Sonderheit der Wunsch auf lebenslängliche Anstellung der Angehörigen der Schupo nach Ablauf der zwölftägigen bezahlten Versperrungszeit. Die große Mehrheit der Länder hielt die Erfüllung dieses Wunsches für nicht möglich; andererseits herrschte volle Einmütigkeit, daß den Angehörigen der Schupo möglichst viele lebenslängliche Beamtenstellen zu erhalten werden müssen. Auch war man allgemein der Auffassung, das dem Wunsch der Beamten, auch nach Ablauf der Versperrungszeit noch eine Reihe von Jahren in der Schupo zu verbleiben zu dürfen, entgegenzugehen könne. Da eine Anzahl von Vertretern durch andere Dienstgeschäfte an weiterer Teilnahme verhindert war, wird die Besprechung Anfang übernächster Woche fortgesetzt werden.

Danach würde es also neben den Reichswehr-Beamtenanwärtern auch noch solche aus der Schupo geben, allerdings mit dem Unterschiede, daß den Polizeibeamten kein Anspruch auf eine anderweitige Anstellung nach Ablauf ihrer Versperrungszeit gegeben werden soll. Es sollen den Angehörigen der Schupo nur „möglichst viele“ lebenslängliche Beamtenstellungen vorbehalten werden. Das klingt sehr unsicher, ist aber immerhin geeignet, den alten Militärbeamten-Anspruch zu neuer Wille zu bringen, ohne indes die Schupo-Beamten zu befriedigen. Bei dieser ganzen Soldatenpielerei kommen also nur Scherereien und gewaltige Unkosten heraus, die durch nichts gerechtfertigt sind.

Weltpolitische Wandlungen

Die Wiener Arbeiterzeitung über Cannes

Wien, 10. Januar.

In ihrem „Weltpolitische Wandlungen“ bestellten Leitartikel schreibt heute die „Arbeiterzeitung“, daß angefangen von der Washingtoner Konferenz und dem Friedensschluß zwischen England und Irland bis zur Konferenz von Cannes, auf der England die Herabsetzung der deutschen Zahlungspflichtigkeiten und die Einladung Russlands zu der internationalen Wirtschaftskonferenz fordert, sich zeigte, daß die Furcht der britischen Herrenklasse vor dem britischen Proletariat die Weltpolitik bestimmend beeinflusst. Langsam und allmählich, aber doch unmerklich beginnt unter dem proletarischen Druck die aus dem Weltkrieg entstandene Welt sich umzuwandeln. Lloyd George wird wenn er aus Cannes mit einem Erfolge zurückkehrt, die englischen Wähler vor die Wahl zu rufen, um vor Englands Wählern zu stehen und so die britische Bourgeoisie vor dem Ansturm der Arbeiterpartei zu retten.

Die Auflage der „Gleichheit“

Von der Redaktion der „Gleichheit“ wird uns mitgeteilt: Der Abonnenstand der „Gleichheit“ betrug im November 1920, also vor über einem Jahre, eine ganz kurze Zeit lang 11 300. Er hob sich dann, und wie aus dem schriftlichen Bericht an den Göttinger Parteitag zu ersehen ist, betrug die Vorkriegszahl damals wieder 25 000. Dieser Anstieg ging weiter, so daß unser Blatt jetzt in einer Auflage von 32 000 Exemplaren erscheint, ohne daß die „Gleichheit“, wie es bei der „Kämpferin“ der Fall ist, von gewerkschaftlichen Verbänden obligatorisch an die weiblichen Mitglieder geliefert wurde. Im dritten Quartal 1921 war nicht nur kein Zulauß notwendig, sondern es wurde mit einem kleinen Ueberschuß gearbeitet.

Vom Internationalen antimilitaristischen Komitee gegen Krieg und Reaktion im Haag ist ein Schreiben an den Reichspräsidenten Ebert gerichtet worden. Des Inhalts, daß das Bureau mit aller im Menschen wohnenden kritischen Kraft gegen die Gefangennahme von Nin, Conzenion und Fort wegen des angeblichen Nordes an Dato protestiere. Es sei in der ganzen Welt bekannt, daß der Märker Dario in Ruffard unter Antrecht sich befindet. Das Bureau fordert, daß endlich dem Nordsystem in Deutschland ein Ende gemacht werde.

Wie Tage anders. Nach einer Meldung aus Dublin hat De Salera seine Rücktrittserklärung zurückgezogen, er bleibt vorläufig im Amte.

Der Parteitag in Leipzig

Leipzig, 10. Januar.

Zweiter Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

Der Vorsitzende, Genosse Seger, eröffnet die Sitzung 9.15 Uhr. Als erster Redner erhält Genosse Dilmann (Stuttgart) das Wort. Dilmann: Eins darf wohl als sicher angenommen werden: die einmütige Annahme des Manifestes durch den Parteitag. Die Einigung steht dort im Vordergrund, das ist kein taktisches Manöver. Es weist Wege und Ziele, um die Massen zur Einigung zu bringen. Das Manifest erklärt, daß der Sozialismus nur durch das einige Proletariat errungen werden kann. Die Einigung des Proletariats kann aber nur hergestellt werden auf dem Boden des Kampfes.

Zur Gewerkschaftsfrage erklärt Dilmann, daß die freien Gewerkschaften ein ungleich größerer Faktor geworden sind als früher. Die Frage ist: wie können wir diese Organisationen auf den Boden des Kampfes bringen? Die Geschlossenheit der Gewerkschaften ist erhalten worden, weil sie den proletarischen Kampfboden nicht verlassen haben zum Unterschied von der S. P. D. Das zeigt den Weg, wie die Einigung des Proletariats erfolgen kann. So wenig die Gewerkschaften sich den Kommunisten unterwerfen konnten, so wenig werden sie sich auch einer rechtssozialistischen Politik fügen. Seit Halle ist auch die Entwicklung in den Gewerkschaften aufgehalten worden. Der Gewerkschafter muß sich immer mehr sagen, daß der Tageskampf nicht mehr genügt, daß das sozialistische Ziel in den Vordergrund gestellt werden muß. Ein wahrer Hohn auf die rechtssozialistische Koalitionspolitik ist das vorliegende Schlichtungsgeleit. Die wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Entwicklung zwingt die Gewerkschaften und das ganze Proletariat zum Kampf. Das ist im Manifest ausgesprochen. Die Forderungen des U. D. G. B. dürfen nicht eine leere Geste bedeuten. Wären Sie nicht darauf, daß von den Spitzen der Organisationen der Wille zu ihrer Durchsetzung ausgeht wird. Diese muß von den Massen ausgehen. Sie müssen erklären: bis hieher und nicht weiter.

Die Mandatsprüfungskommission berichtet, daß

188 Delegierte erschienen

sind. Anfechtungen liegen nicht vor. Das Zentralkomitee ist mit 12 Genossen, der Beirat mit 7, die Kontrollkommission mit 7, die Proletariatsjugend mit 1 Genossen vertreten. Ausländische Gäste sind 15 erschienen. 17 Reichstagsabgeordnete sind ohne Mandat auf dem Parteitag, ebenso 4 Referenten. Die Mandate werden für gültig erklärt.

Genosse Nidisch (Augsburg) dankt der Reichstagsfraktion dafür, daß sie sich für die Vereinfachung der Kaiserregierung eingesetzt hat. Der Redner wendet sich dann gegen die Volksgerichte und den Strafverfolgung in Bayern. Während der Mörder Eisners alle Bequemlichkeiten hat, muß der kommunistische Abgeordnete Eisenberger, der wegen einer Rede verurteilt ist, in einer Zelle hungern. Die bayrische Regierung steht davor zurück, eine Untersuchungskommission nach Bayern kommen zu lassen. Bayern ist bestrebt, sich jetzt wieder Hohheitsrechte zurückzuerobern. Verlehrs- und Finanzhoheit sollen wieder hergestellt werden. Zu diesen Hoheiten, die man zurückgewinnen will, gehört auch die königliche Hoheit. Ruch ist gegangen, Verlehrsrecht ist gekommen. Während Ruch laut aufzutreten mag, kommt Verlehrsrecht auf leeren Schalen geschlichen. Dies ist der ganze Unterschied. Ein Systemwechsel ist nicht erfolgt. Bayern will zwischen Deutschland und Frankreich das Jünglein an der Waage bilden. Es spekuliert auf fortwährende Konflikte zwischen beiden Ländern. Der Genosse Nidisch bitte die französischen Genossen, diese bayrische Politik nicht aus den Augen zu verlieren.

Grumbach (Paris): Bayern ist nicht mehr das gemütliche Andelbayern, sondern ein Museum für alle verrostete Fideleiden Deutschlands. Das gemeinsame Arbeiten der französischen und der bayrischen Reaktion ist eine Gefahr für ganz Europa. Die Einheit der deutschen Republik ist ebenso notwendig wie die Erhaltung des Friedens. Zwischenfälle, wie die jüngsten Waffenfunde, sind für uns Sozialisten in Frankreich nicht gerade angenehm. Für die Verwirklichung der Demokratie über die realen Organisationen hat sich Genosse Lipinski für die deutsche Republik ein größeres Verdienst erworben, als mancher, der die große Trommel rührt. Wir haben auf unserer Seite einen großen Verbündeten, den gesunden Menschenverstand und den Willen, Schritt zu machen mit den Kämpfen von Menschen gegen Menschen. (Beifall.)

Genosse Bisslerding begrüßt die Ausführungen von Nidisch und Grumbach als

eine bedeutsame internationale Rundgebung.

Cannes bedeutet einen Schritt auf dem Wege der Entwicklung, die wir immer als die einzige Möglichkeit hingestellt haben. Cannes ist eigentlich der erste Schritt zum Frieden. Die Ententepolitik ist scheitert an den ökonomischen Gesetzen. Lloyd George hat den Wahlkampf geführt mit der Parole: hanti den Kaiser, Frankreichs Wahlparole lautete: Deutschland muß alles bezahlen. Die Wahlparolen haben die politischen Positionen der Regierenden gefestigt, aber die Deonomie hat ihnen ihre Gesetze diktiert und die ihre Gewaltpolitik zerbrochen. Auch wir müssen daran gehen, die Auswirkungen des Krieges auf die Arbeiterschaft zu beseitigen. Wir müssen die Verletzung überwinden, die Einheit kann nicht erfolgen durch Diskussionen, sie kann sich nur ergeben aus dem gemeinsamen Kampf um gemeinsame Interessen. Die Einigkeit kann nicht erfolgen unter Opferung unserer Grundzüge und unserer Ueberzeugung, das kann und das braucht nicht der Fall zu sein. Wie in der Vergangenheit, so wollen wir auch in der Zukunft nicht fragen, ob unsere Ueberzeugung populär ist, sondern nur, was richtig ist. Unsere Ueberzeugung entspricht den Notwendigkeiten und unsere Einsicht in die realen Verhältnisse und sie legt sich durch. Wir dürfen kein zahlenmäßiges Übergewicht und keinen größeren Apparat fürchten. Wir können kein Schwanken, wir wollen daran gehen, die Arbeiter zu Sozialisten zu erziehen.

Rosenfeld: In der deutschen Delegation nach Cannes sieht nicht ein einziger Arbeiter. Die internationalen Schwierigkeiten müssen durch internationale Arbeit beseitigt werden. Die Kapitalisten werden sich zu verständlichen suchen auf Kosten der Arbeiter. Niemand kann leugnen, daß wir in der Partei nicht alle der gleichen Meinung sind. Bei uns herrscht Freiheit der Meinung und der Forderung. Wir sind so fest gefügt, daß uns das nichts anhaben kann. Aber ein einheitlicher Wille der Partei muß festgestellt werden, nicht auf Befehl eines Zentralkomitees, sondern durch den Parteitag. Die Partei erwartet vom Parteitag Stellungnahme zur Diktatur, zur Koalition und zur Steuerfrage. In dem vorgelegten Manifest bekennen wir uns aufs neue zur Diktatur und lehnen alle neuen indirekten Steuern ab. Zur Koalitionsregierung hat der Parteitag schon durch seinen Beifall zu Dittmanns Referat entschieden. Wir sind die Partei des Klassenkampfes und lassen uns nicht darauf ein, die Klassengegenstände durch eine Koalitionsregierung zu verwischen. Man kann nicht zusammen mit Sinnes, aber auch nicht mit Thesen die Interessen der Arbeiter vertreten. Wir üben außerhalb der Regierung einen großen Einfluß auf die Arbeiter aus. Die Frage der Koalitionspolitik steht in engem Zusammenhang mit der proletarischen Einigung. Wir können sie herbei. Selbst der rechtssozialistische Genosse hat erklärt, daß die S. P. D. die Einigung mit dem Proletariat herbeiführen oder die Koalition zu Sinnes erweitern müsse. Zwischen beiden gibt es keine Ueberbrückung. Eine Einigung mit den Kommunisten ist von niemand propagiert worden. Die S. P. D. ist die bürgerliche opportunistische Partei. Eine Wiedervereinigung mit der S. P. D. wird uns in den glänzenden Farben geschildert. Sie ist dem Reformismus verfallen. Gerecht war für mich keine Enttäuschung. Bei einer Vereinigung würden die deutschen Arbeiter die beste Stütze in ihrem Klassenkampf verlieren. Dagegen sind wir einzig in der Frage gemeinsamer Aktionen.

Künzler (Berlin): Diejenigen, die der U. S. P. empfohlen haben, in Schönheit zu sterben, haben heute politisch keinen Platz, wo sie ihr Haupt hinlegen können. Ihr politisches Schicksal ist die beste Rechtfertigung für die Politik unserer Partei.

Alle proletarischen Organisationen arbeiten an der Einigung, wenn sie auf dem Boden des Klassenkampfes die Interessen der Arbeiter vertreten. Im Kampfe um die zehn Forderungen wird sich zeigen, wie die S. P. D. in Rücksicht auf ihre Regierungskoalition die Arbeiterinteressen hintenan stellen wird.

Moses (Berlin) kennzeichnet den Strafverfolgung als Torheit und Fehler der politischen und nichtpolitischen Gefangenen. Die Anwaltsräte tragen einen großen Teil der Schuld daran. Es sind Klassenmenschen die den Staat und die bürgerliche Gesellschaft höher stellen, als die Tätigkeit, die ihnen ihr Beruf vorschreibt. Genosse Moses führt eine Reihe von Fällen an, in denen Verlehrs- und Anwaltsräte sich nicht als Verlehrs, sondern als Strafbenehme betrahten. Der Strafverlehrs hat in jedem Gefangenen den Menschen und nur den Menschen zu sehen; in manchen Anfällen aber muß man erst halbtot sein, um ärztliche Hilfe zu erlangen. Der Anwaltsrat hat ja einen Kompromiß geschlossen zwischen seiner Wissenschaft und der „Staatsnotwendigkeit“. Die Festungshaft in Niederbarnim ist eine langsame Hinrichtung. Der Parteitag muß laut die Vereinfachung der mittelalterlichen Verfahren des Strafverlehrs fordern. Heraus mit den politischen Gefangenen, ehe sie körperlich und geistlich zugrunde gehen!

Arzile (Berlin): Die von der S. P. D. getriebene Politik hat mehr und mehr das Mißfallen ihrer Mitlieder hervorgerufen, weil die praktische Betätigung der Koalition sie kürzert hat von der Annahme, daß diese Politik durchgreifende Reformen bringen wird. Die Einigung des Proletariats darf kein Parteigeleit sein, wie es von Scheidemann in Görlitz zum Ausdruck gebracht wurde. Der U. D. G. B. hat es anderen überlassen, für seine zehn Forderungen einzutreten. Die Führer des U. D. G. B. aus der S. P. D. haben sich als Hindernis erwiesen, weil sie Rücksicht auf ihre Freunde in der Koalitionsregierung nehmen mühten. Das Verhalten der Kraft des Proletariats ist die Hauptschuld der S. P. D. Wäre das nicht der Fall, wir würden schneller zur Einigung kommen. Das Manifest wird seine Wirkung nicht verfehlen, es wird zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform beitragen. Wir müssen die 9 Millionen Gewerkschafter auffordern, in ihre Führer zu drängen, zur Verwirklichung der zehn Forderungen beizutragen.

Schwinger (Berlin): Die U. S. P. hat sich als einzige Partei immer der Franzosenhölle entgegen geworfen. Die deutsch-französische Verständigung bedeutet den Weltfrieden, jeder Gegenstand die Gefahr des Unterganges von Europa. Die neue Phase eines Weltkontinentalkapitalismus stellt den Sozialismus vor neue Aufgaben und wird eine Verschärfung des internationalen Proletariats herbeiführen. Wir müssen die Genossen für diese Weltprobleme interessieren. Reform und Revolution sind keine Gegensätze, sondern untrennbare Teile des Sozialismus, daher sind Parteien, die nur Revolution oder nur Reform treiben wollen, das größte Unglück für die Arbeiterschaft. (Beifall.)

Wogep (Saarbrücken): Ein Grund zur Beherdigung der Einigung war, daß ein Teil der führenden Genossen in der U. S. P. entgegen dem Willen der Masse der Parteigenossen die Koalitionspolitik der S. P. D. nicht glatt ablehnten. Demgegenüber ist unser Manifest um so mehr zu begrüßen. Genosse Wogep schildert eingehend die Tätigkeit der rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer im Saargebiet und die Differenzen, die in der Arbeiterschaft entstanden, weil ein Teil von ihr in Franken, der andere in Marx bezahlt wird. Die S. P. D. befand sich mit den bürgerlichen Parteien gegen die einheitliche Auszahlung des Lohnes in Franken und unterstützt damit nationalistische Bestrebungen des Bürgerturns gegen die Interessen der Arbeiterschaft im Saargebiet.

Obuch (Düsseldorf): Eine ernsthafte Prüfung aller bisherigen programmatischen Grundzüge erscheint unausschießbar, ein Programm muß

den Sozialismus als Ganzes erfassen.

Ein solches Werk kann nicht in Görlitz beiläufig geschaffen werden. Es muß zuvor in den breitesten Kreisen besprochen werden können. Das Manifest ist eine brauchbare Grundlage für den Tageskampf. Ich erlaube keinen besonderen Wert in der Konzentration auf die Tagesfragen. Ohne die Grundlage der Leipziger und Halleischen Beschlüsse würde das Manifest an Wert verlieren. Deshalb begrüße ich die Bezugnahme darauf. Die S. P. D. hat ihr festes Geleit erst noch zu beweisen. Die Antwort der Reichstagsfraktion auf die Klüfffrage der S. P. D. bei der letzten Regierungsbildung war ein taktisches Mißgeschick, aber wir dürfen nicht übersehen, wie es von den Rechtssozialisten ausgedeutet ist.

Kaesten (Weine) lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die dringende Not der Jüdischen und Kleinrentner, wie überhaupt auf das unbegreifliche soziale Elend, das die heutige Gesellschaft aufgehäuft hat und täglich neu gebiert. Die Sozialgesetzgebung ist ganz unüberwindlich geworden. Das Arbeitsministerium ist der Demagogie in der Sozialpolitik. Man weiß immer wieder darauf hin, daß die Regierung durch den Friedensvertrag gehindert sei. In der S. P. D. liegen viele, die die sozial Bedürftigen gern weiter unterstützen möchten, aber davon Abstand nehmen müssen mit Rücksicht auf das Koalitionsverhältnis ihrer Partei mit dem Bürgerturn. Ich verweise hierbei auf das Verhalten der Rechtssozialisten bei der Bodenhilfe. Die vielen sozialen Organisationen des Reiches verteuern deren Kosten ins ungeheure. Dieses System ist nicht mehr gangbar. Die Sozialpolitik muß in einen einheitlichen größeren Bau eingefügt werden. Wir verlangen die Einführung einer sozialen Steuer und die Selbstverwaltung der sozialen Organisationen. Unsere Genossen müssen in der sozialen Fürsorge führend sein. (Beifall.)

Der Parteitag tritt dann in die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung

Popp (Hamburg) wünscht, daß die Fraktion Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Mißwahls fordere. Voraussetzung für die Einigung sei die Uebereinstimmung in den Grundzügen des Klassenkampfes. Zweifelhafte Gestalten, die gezeigt haben, daß sie unwürdig sind, in der Arbeiterbewegung eine Rolle zu spielen, dürfe die Partei keinen Unterschlupf bieten. Levi muß gelagt werden, daß die Verbredchen, die er den Kommunisten jetzt vorwirft, nicht möglich gewesen wären ohne seine Hilfe.

Bergheis (Leipzig): Die Frage der Einigkeit ist keine Personenfrage. Wir können dem Manifest zustimmen und müssen versuchen, es in die Tat umzusetzen. Ein Parteiprogramm wird erst kommen, wenn die Arbeiterklasse wieder einzig ist. Der Redner fordert die Entlassung der politischen Gefangenen.

Rindermann (Wilhelmshaven): Die Kommunisten haben nicht die Entschuldigung für sich, daß die wirtschaftlichen Bedingungen zur Spaltung der Partei drängen. Eine Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtssozialisten wie in Sachsen ist gerechtfertigt. Bei uns ist das durch das Verhalten ihres Führers unmöglich. Der Redner bittet um einmütige Annahme des Manifestes.

Merfel (Solingen): Durch alle Reden der ausländischen Delegierten ertlang

die Notwendigkeit zur Schaffung der Einigung.

auch die Frage der Koalitionspolitik beschäftigt alle. Wir sollten hierbei auf die Stimmen von Karl Rautsky und Otto Bauer hören. Es ist richtig, daß Koste aus der Wehrmacht ein Instrument der Bourgeoisie gemacht hat. Das braucht aber nicht immer der Fall zu sein. Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob ein Bürgerlicher oder ein Klassengenosse an der Spitze eines Ministeriums steht. Der Parteitag ist von historischer Bedeutung nur dann, wenn er erklärt, daß wir die Meinungsfreiheit aller anerkennen und die Möglichkeit einer Einigung lassen. Als sich in den Gemeinden sozialistische Arbeitsgemeinschaften gebildet haben, haben unsere Genossen die Führung, weil unsere Politik die richtige ist.

Zubel (Berlin) geht auf die Frage der Steuern ein und lehnt alle weitere Belastung der Massen ab. Insbesondere spricht zu

bell gegen die Umsatzsteuer. Zur Frage der Einigung hat niemand einen Weg gewiesen. Ich glaube nicht, daß wir bald zur Einigung kommen können. Man verlangt von rechts die Preisgabe unserer Grundzüge. Die Einigung wird erst kommen, wenn das Gesamtproletariat vor die Frage Sein oder Nichtsein gestellt ist. (Starker Beifall.)

Hansen (Kiel): Nach den kampfverfüllten Zeiten unserer Partei erleben wir auf diesem Parteitag wieder Stunden der Erhebung. Zur Frage der Koalition ist im Manifest klar Stellung genommen. Die Frage der Einigung wird von den Rechtssozialisten nur unter dem Gesichtspunkt des Aufgehens unserer Partei in die S. P. D. betrachtet. Wenn es zur Einigung kommt unter Preisgabe unserer Grundzüge werden viele unserer besten Kämpfer zum Indifferentismus getrieben. Es führt nicht zur Einigung, wenn den Rechtssozialisten Konzessionen gemacht werden müssen. (Beifall.)

Mau (Danzig): Der Freistaat Danzig ist wirtschaftlich mit Polen verbunden worden. Polen soll Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland sein, gegen dessen Übergewicht sich England und Frankreich durch die Schaffung des Danziger Freihafens gesichert hat. Wir haben dort einen sehr feindlichen Boden für den Sozialismus zu besetzen. Ich wünsche, daß unsere englischen und französischen Genossen eine härtere Kritik am Völkerverbund üben. In dem weiteren Teil seiner Ausführungen geht der Redner auch noch auf die politischen Verhältnisse im Freistaat Danzig ein. Er wendet sich gegen die dortige Steuerpolitik, insbesondere gegen die seit dem 1. Januar in Kraft getretenen Zollsätze. Diese führen zu einer wachsenden Verelendung der Danziger Arbeiterschaft. Da dem Proletariat eine bürgerliche Mehrheit entgegensteht, hat sich bei uns, unter den Arbeiterparteien eine gewisse Geschlossenheit herausgebildet. Wir haben versucht, mit den Sozialisten Polens zusammenzukommen. Auch dort besteht eine U. S. P. D., die aber nur illegal arbeiten kann. In Polen herrscht eine Reaktion, die von der großen sozialistischen Partei unter Führung von Pilsudski unterstützt wird. Das in Danzig die Entente geschaffen hat, hat keinen ewigen Bestand. Das Proletariat des Freistaates Danzig wird sich nach wie vor als

zusammengehörig mit dem deutschen Proletariat

betrachten. (Beifall.)

Dahbert (Eberfeld): Es darf nicht bei Erklärungen zur Einigung bleiben, es müssen Wege zu taktischem Zusammengehen gesucht werden. Wir müssen unsere Außenpolitik auf zwei Gesichtspunkte einstellen. Stellen wir fest, wie die großen Linien der angelsächsischen und der französischen Politik gehen. Sie müssen notwendig zu kriegerischen Konflikten führen, die wir nur bannen können, wenn die Arbeiterklasse auf dem Balkan ist. Unser Nebenland ist Kriegergebiet und ist wie Banat von separatistischen Tendenzen erfüllt, denen wir entgegenzutreten müssen, um den Klassenkampf erfolgreich führen zu können. Wir müssen die Blide über die Grenzspalte hinausweisen. Nur mit einem erennenden und wissenden internationalen Proletariat werden wir die Kämpfe der Zukunft gewinnen. (Beifall.)

Hery (Berlin): Von allen uns beschäftigenden politischen Problemen ist das Problem während des Krieges und auch später laudend worden, die notwendigen finanziellen Maßnahmen zur Deckung der Ausgaben durchzuführen. Daher wächst die Geldentwertung unaufhörlich. Die Verbrauchssteuern belasten alle Schichten der Bevölkerung, während die Geldentwertung nicht nur die arbeitenden Schichten aufs einschneidendste berührt, sondern gleichzeitig dem Besitz die Möglichkeit zu den gewaltigsten Preissteigerungen und Profitten verschafft. Das ist ein bedauerlicher Unterschied in der Wertung der Geldentwertung zu den Wertungen der Verbrauchssteuern. Noch seit 1919 sind einzelne Vermögenssteuern eingeführt. Die Steuerlasten der Besitzenden in Deutschland kennt keine Grenzen, aber ebenso die Korruption bei den Steuerbehörden. Die Steuerlasten des wegen Steuerhinterziehung angefallenen deutschnationalen Industriellen von Kerschhoff sind nun zum zweiten Male gestiegen worden. Die Steuerprovision der Regierung sind vollkommen ungenügend. Von den vorerwähnten Vermögenssteuern werden viele erst 1925 zum Fließen kommen. Die Geldentwertung würde also bestehen bleiben. Die Verbrauchssteuern wirken aber sofort.

Die Erlassung der Sachwerte

Die gerechteste Bekämpfung der Kampf darum ist zweifellos sehr schwer, aber nicht aussichtslos. Wenn die großen Wirtschaftskräfte gegen diese Forderungen protestiert haben, so muß das der Arbeiterschaft ein Zeichen sein, um so einmütiger für sie einzutreten. (Zustimmung.) Es sind jetzt Kompromißverhandlungen über die Steuern im Gange. Dieses Kompromiß scheidet die Wiederherstellung der Regierungsvorlagen und die Einziehung der zwei Drittel des Reichsnotopfers vor. Die Umsatzsteuer soll aber auf 2 1/2 Prozent festgelegt werden. Ein solches Kompromiß lehnen wir ab. In der Steuerfrage ist ein Feld gewiesen, auf dem das Proletariat gemeinsam kämpfen kann und muß. Um diese Einigung nicht zur Freude des Bürgerturns zu erschüttern darf die Steuerparole nicht zu einer demagogischen Parteiparole gemacht werden, wie das die Kommunisten tun. (Lebhafte Beifall.)

Meiz (Hagen): Der Bericht der Kontrollkommission ist in keiner Weise befriedigend. Der Einwand, daß wir noch im Fluß weltgeschichtlicher und weltwirtschaftlicher Strömungen sind, kann nicht anerkannt werden. Die Schaffung eines Parteiprogramms ist eine dringende Frage. Wir haben anzuknüpfen an das kommunistische Manifest und das Erfurter Programm.

Simon (Münster): Für rechts und links wird dieser Parteitag eine arge Enttäuschung sein. Bis zum Ueberdruß haben die Wähler auf die unermesslichen Streiftreueiten auf unserem Parteitag hingewiesen. Der bisherige Verlauf des Parteitages bietet

ein Bild seltener Geschlossenheit

und unterscheidet sich damit von allen anderen Parteitagen der jüngsten und auch weiteren Vergangenheit. Die Tatsache, daß die Kommunisten in Frankreich nicht vor der Spaltung der Gewerkschaften zurückgeschreckt sind, beweist die leere Frustration, die sie mit der Einigung und der Sammlungsparole treiben. Die Gewerkschaften zeigen heute trotz allem ein ganz anderes Bild als vor dem Kriege. Die Amerikaner Gewerkschafteninternationalen hat auf dem Gebiete der internationalen Politik mehr geleistet als die 2. oder die kommunistische Internationale. Unser Parteitag ist auch eine Enttäuschung für das Bürgerturn. Es erwartet den Zerfall der U. S. P. und muß finden, daß nach dem Parteitag solche Einmütigkeit und Geschlossenheit an den Tag gelegt hat. In den Grundauffassungen waren sich alle Redner einig. Die Einigung kann nur erwachsen auf dem Boden gemeinsamer Aktionen. Eine organisatorische Einigung ist der Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes nur hinderlich. Die Rechtssozialisten haben den Klassenkampf aufgegeben. Einow selbst hat erklärt, daß die Struktur der Parteien verändert hat und daß den Münchener der in die Partei aufgenommenen Genossen des Kleinbürgerturns Rechnung getragen werden muß. Wir dürfen bei der Einigung die Tür nach links nicht zuschlagen. (Beifall.) Zum Schluß fordert der Redner die Genossen zu größerer Arbeit in den Gewerkschaften auf. Unsere praktische Arbeit wird die Arbeiterschaft überzeugen, daß die Einigung des Proletariats nur auf dem Boden unserer Grundzüge erfolgen kann. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Genosse Dittmann erklärt zur Geschäftsordnung: In der Diskussion ist völlige Uebereinstimmung mit den Darlegungen der Referenten untergegetreten. Die Referenten verzichten deshalb auf das Schlußwort.

Genosse Seger teilt noch mit, daß am Mittwoch früh das Referat über die Internationale Arbeitsgemeinschaft gehalten werden wird, an das sich die Abstimmung auch über das Manifest anschließt soll.

Der Parteitag wird auf Mittwoch, 9 Uhr früh, vertagt.

Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.D.

Der neue Arbeitsplan

Die Arbeiter-Bildungsschule der U.S.P.D. eröffnet demnach eine neue Arbeitsperiode. Getreu dem Grundlag, daß die vornehmste Aufgabe dieses wichtigen Bildungsinstitutes der Partei darin bestehen müsse, die Genossen und Genossinnen zu einem vertieften Verständnis der programmatischen Richtlinien der Partei heranzubilden, ist der Arbeitsplan gestaltet worden und bietet alles, was in diesem Rahmen wünschenswert und notwendig ist.

Schul- und Erziehungsfragen

In Form einer freien Diskussion aller Beteiligten soll der Versuch gemacht werden, die grundsätzlichen Fragen des neuen Schulgedankens zu klären. Es werden folgende Themen behandelt werden:
1. Alle und neue Schule. - Gemeinschaftsschule. - Erziehung zum Sozialismus. - Die Schule der Volkserziehung. - Erziehung für das praktische Leben.

Die Volkswirtschaft Deutschlands vor und nach dem Kriege

Einleitung: Die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft. - Deutsche Bevölkerung, Fläche, Gesamtproduktion, Außenhandel. - Die Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat. - Soziale Sicherung der Bevölkerung.
Die Industrie: Klein- und Großindustrie. - Kohlebergbau. - Eisen. - Maschinenindustrie. - Chemische Industrie. - Textilindustrie.
Die Verkehrsmittel: Die Eisenbahn, deren Kapital, Personal und Betriebsprogramm. - Seefahrt.
Der Handel: Groß- und Kleinhandel. - Freihandel und Zwangswirtschaft. - Die Warenpreise.
Der Landbau: Seine Bedeutung. - Die Ernte im Inland. - Die Ernte im Ausland. - Handelsbilanz und Zahlungsbilanz. - Außenhandel und Weltmarkt.
Die Landwirtschaft: Die landwirtschaftliche Produktion. - Die Viehzucht. - Klein- und Großbetrieb in der Landwirtschaft.
Die Arbeitslöhne: Löhne vor dem Kriege. - Löhne nach dem Kriege. - Löhne und Steuern.
Der Kapitalmarkt: Leasing und Profit. - Die Vergütung des Kapitals.
Die Banken: Bedeutung des Kredit. - Die deutschen Banken. - Bankensysteme. - Die Reichsbank. - Banken und Welle.
Die Geldfragen: Geldmarkt vor dem Kriege. - Metall- und Papiergeld. - Zahlungsmittel.
Schluß: Die Verpflichtungen aus dem Ultimatum, die Reparation und die Währungsfrage. - Stabilisierung der Wirt. - Reichschat und Weltmarkt.
Vortragender: Dr. Dallin. - Beginn: Montag, den 6. Februar 1922.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung seit Kriegsausbruch

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege. - Die Arbeiterbewegung vor Kriegsausbruch. - Die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege. - Die Politik des 4. August 1914. - Kriegsausbruch und Kriegsvorbereitung. - Die Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei. - Die Stellung der Gewerkschaften. - Sozialpolitische Rückbildung. - Die Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung. - Die Unterdrückung der Opposition. - Die Stellung zum Wehrdienst der Internationalen. - Die Bildung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. - Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei. - Die Hinüberdrängung der Opposition. - Die verschiedenen Tendenzen

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Fick. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

37

Kriegsgreuel

Sie mögen sagen, was Sie wollen, die Erinnerung an die deutschen Greuelstaten wird eine Versöhnung für immer unmöglich machen!
Ein beifälliges Murmeln begrüßte diese Worte der Frau Giraudet. Sie blickte herausfordernd auf Réal, der, den Kopf in die Hand gestützt, ruhig darauf sah.
Jeden Mittwoch verammelten sich die Freunde bei Giraudets zum Bräutigam. Réal war von seiner Frau mitgeschleppt worden, da sie bisweilen nach dem Versuch machte, ihn durch Verkehr mit Leuten von Welt ein wenig zur Vernunft zu bringen.
Außer den Hauswirten waren Réals, Coigny und Dupont anwesend; das Ehepaar Velleter war noch nicht erschienen. Velleter waren eingeladen worden, um zwei Spieltische auf einmal in Betrieb setzen zu können.
Als bald wandten sich alle, jeder nach seiner Weise, die kleinen Giraudets heftig und lärmend, Coigny mit plumpen Einmündungen, Dupont grob und rechthaberisch gegen Réal, der nunmehr als Befehlsführer seiner Meinung berüchtigt war. Es war bereits ein Gesellschaftsspiel geworden, ihn zu reizen. Man nannte ihn spöttisch „unseren lieben Deutschenfreund“ und schien alle Rücksicht von ebendem vergessen zu haben. Es gab sogar schon Leute, die sich von ihm ganz zurückzogen.
Zum soundsovielten Male suchte sich Réal verständlich zu machen:
„Ich bin ja gar nicht für ein französisch-russisches Bündnis...“
Alle lachten: „Ruffisch?“
Er wiederholte:
„Natürlich, russisch. Sie glauben doch nicht, daß die Russen alle Zeiten aus der europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen sind? Sie sind uns notwendig, wir ihnen unentbehrlich. Eine Möglichkeit des Verkehrs wird sich finden... Aber ich bin ja gar nicht für ein französisch-deutsch-russisches Bündnis nach Art der früheren französisch-russischen oder

in der Opposition. - Die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie. - Die Konferenz von Stockholm. - Der Einfluß der russischen Revolution auf die deutsche Arbeiterbewegung. - Der Zusammenbruch der Mittelmächte. - Die Ereignisse des November 1918. - Die Gründung des Spartakusbundes. - Die Unabhängige Sozialdemokratie nach dem Kriege. - Die sozialdemokratische Partei während der Revolution. - Die Gewerkschaften und die Arbeitergemeinschaften. - Der Rote-Russ. - Der Kampf um den Friedensschluß. - Die Kulturbewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie. - Die Frage der Internationalen. Der Leipziger Parteitag von 1919. - Der Rapp-Wald und seine Folgen. - Die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie durch den russischen Kommunismus. - Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Fall des Kaiserthums. - Die weltwärtsfähige und weltmüde Lage am Jahresende 1921. - Die Aufgaben der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung.
Vortragender: Eugen Prager. - Beginn: Freitag, den 27. Januar 1922.

Die soziologische und ökonomische Grundlage des Marxismus

Die revolutionären Voraussetzungen der marxistischen Theorie. - Die materielle Grundlage der Entwicklung. - Die Theorie des Klassenkampfes. - Staatliche und wirtschaftliche Entwicklungsstadien. - Entstehung und Entwicklung des Eigentums. - Die Ökonomie als Grundlage der Gesellschaftsorganisation. - Ware und Wert. - Lohn, Preis und Profit. - Kapital und Mehrwert. - Das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. - Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. - Das Gesamtbild des kapitalistischen Wirtschaftssystems. - Der Ausgang der kapitalistischen Produktionsweise. - Staat und Wirtschaft in der sozialistischen Gesellschaft.
Vortragender: Alexander Stein. - Beginn: Donnerstag, den 26. Januar 1922.

Der Klassenkampf

Sein und Denken. - Produktionsverhältnisse und geistiger Ueberbau. - Klassenbewußtsein. - Klassenbildung. - Klassenkampf. - Der bürgerliche Klassenkampf. - Klassenkampf und Klassenkampfmittel des Proletariats. - Moral und Recht im Klassenkampf. - Die Eroberung der politischen Macht. - Die Diktatur des Proletariats. - Die Notwendigkeit sozialistischer Gesellschaft.
Vortragender: Emil Rauch. - Beginn: Dienstag, den 31. Januar 1922.

Sozialrevolutionäre Philosophie

Die Philosophie der französischen Revolution: Voltaire, Rousseau, Kantianismus, Staatsverträge: Hegel, Adam Smith. - Deutscher Kommunismus und sozialistische Gesellschaftslehre: Marx, Engels. - Die philosophische Anarchie: Stirner, Tolstoj. - Der philosophische Individualismus (Nietzsche) und sein Zusammenhang mit Liberalismus und Kapitalismus. - Sozialrevolutionäre Philosophie der Gegenwart.
Vortragender: Dr. Hellmuth Jalkensfeld. - Beginn: Freitag, den 27. Januar 1922.
Die Kurse 1, 3, 4, 5 finden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, abends von 7 Uhr an, statt. Die Kurse 2 und 6 werden im Sophien-Realgymnasium, Steinstraße (zwischen Rosenthaler und Alte Schönhauser Straße), abgehalten.
Das Hörgeld beträgt pro Kursus 7,50 M. Anmeldungen werden im Bureau der Schule, Breite Str. 8-9, und an den Kursusabenden entgegengenommen.

Ablösung der Wohnungsbeschlagnahme

Beigroßen Wohnungen, die sich nicht teilen lassen
Der städtische Wohnungsausschuß hat gestern dem Entwurf einer Befreiungsmöglichkeit der Magistrate zugestimmt, durch die die bisher strittige Frage einheitlich geregelt werden soll, wie große Wohnungen, die sich in kleinere Wohnungen nicht teilen lassen, trotzdem zu den Kosten der Wohnungsherstellung herangezogen werden können.
Nach der geplanten Verordnung, die sich auf die Wohnungsmangelerordnung stützt, können Räume von übergroßen Wohnungen von der Wohnungsbeschlagnahme freigelassen werden, wenn der Inhaber sich der Stadt Berlin gegenüber verpflichtet, entweder sozial Wohnräume, als er abgeben müßte, anderweitig der Stadt zu einem zu vereinbarenden Mietzins oder zur gelegentlichen Miete und zwar für die Zeit der Wohnungswangswirtschaft zur Verfügung zu stellen oder aus eigenen Mitteln eine neue Wohnung in der Größe der zu beanspruchenden Wohnfläche zu erbauen und der Stadt zur Verfügung zu stellen oder aber dem städtischen Wohnbaufonds eine einmalige Zahlung zu leisten in Höhe der Baukosten, die zur Herstellung einer Wohnung in der Größe der in Anspruch zu nehmenden Wohnfläche notwendig sind. Die Entscheidung hierüber trifft im einzelnen die zuständige Deputation des Verwaltungsbezirks. Die im letztgenannten Falle gezahlten baren Abfondsgelder sollen in einen besonderen städtischen Wohnbaufonds fließen; dieser darf nur zur Errichtung von Wohnungsneubauten oder zur Herrichtung von Wohnungen und Ausbauten verwendet werden. Von diesen Verpflichtungen sollen Neubauten, die nach dem 29. November 1920 fertiggestellt sind, freibleiben.
Ferner beschloß der Wohnungsausschuß wegen der Verteilung der Ablösungsgelder, daß sie zur Hälfte den Beteiligtenbezirken, zur andern Hälfte der gemeinsamen Kasse zu-

fließen und aus dieser nach einem noch festzulegenden Schlüssel auf alle 20 Verwaltungsbezirke verteilt werden sollen. Die An gelegenheit unterliegt nach dem Beschluß des Magistrats, der sich bereits in nächster Zeit damit beschäftigen dürfte.

Verbilligung des Milchpreises

Infolge der Einschränkung der Herstellung von Kunstmilch, will das städtische Milchamt vom 18. d. M. ab in Groß-Berlin den Preis für Milch im freien Verkehr von 6,20 M. auf 6 M. herabsetzen.

Der Magistrat hat abermals einen größeren Betrag, diesmal 1 1/2 Mill. M., für die Milchverbilligung bis Ende März d. J. bewilligt und gleichzeitig den täglichen Zuschuß für Säuglinge usw. von 30 auf 60 Pf., bzw. von 45 Pf. auf 1,20 M. erhöht.

Die entfesselte Bureaufratie

Aus der Praxis einer Steuerstelle
Ein Mitglied unserer Redaktion, das für die politische Organisation seines Distrikts einen Kunstabend veranstaltete, weih aus der Praxis der Steuerstelle, die an der Apostelkirche domiziliert, folgendes mitzuteilen:
Die zu der betr. Veranstaltung notwendigen Eintrittskarten waren genau so wie die in den allermeisten Fällen üblichen Karten gedruckt. Das Fräulein vom Amt, das unseren Kollegen abfertigte, fand aber, daß die Karten nicht ganz vorchriftsmäßig wären. Sie laprizierte sich auf doppelt aufgedruckte Kontrollnummern mit Angabe des Steuerbetrages. Auf den Einwand, daß andere Ämter weniger formalistisch sind und diese Karten ohne weiteres abstempeln, erklärte diese junge Dame in schnippischem Ton, sie nähme die Karten nicht an, sie müßten ihren Weisungen entsprechend abgeändert werden. Dem wurde erwidert, daß dies nicht möglich sei und wenn die Karten nicht abgestempelt würden, so würde einfach der Abend ohne Abstempe lung vor sich gehen und die Steuer hernach entrichtet werden. Worauf die junge Dame noch unhöflicher wurde, als sie es schon vorher gewesen war.
Am 5. Dezember 1921 wurden pünktlich die Steuern im Betrag von 22,80 M. für den genannten Kunstabend entrichtet. 14 Tage später, am 28. Dezember, bekam unser Kollege ein zwei Seiten langes Schriftstück, wonach er wegen Verletzung der einschlägigen Bestimmungen zu 30 M. Geldstrafe verurteilt wurde.
Wir stellen fest: Jedes Steueramt reitet sein absolutes Siedensrecht und die Parteien sind abhängig von der Laune eines schnippischen Bureaufräuleins oder sonst eines Amtsgelächtes. Der auf dem Kunstabend erschienene Kontrolleur erklärte, man solle einfach die Steuer abgeben, dann wäre die Sache erledigt. Nach dem Schriftsatz zu urteilen, weih die Steuerstelle gar nicht, daß die Steuer längst bezahlt ist und legt sich hin und verfährt seitenslange ode Strafrecht über formalen Krimis tram, der von den anderen Steuerstellen, soweit wir unter richtet sind, nicht beachtet wird.
Wir haben natürlich sowohl gegen die Strafe, wie gegen das bornierte und letzten Endes kulturfeindliche Verhalten der beteiligten Bureaufrauten Protest erhoben und sind begierig, ob der Oberpräsident in Berlin diese Praxis seiner Untergebenen bedenkt wird. Die in dieser Angelegenheit bereits beschmierten Aktenstücke werden wir amtlich abwiegen lassen und dann dem Museum für Bureaufrautenbumtheit überweisen.

Celly de Rheydt vor Gericht

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Zum zweiten Male ist heute vor der achten Strafkammer beim Landgericht I ein Termin gegen die Tänzerin Celly de Rheydt und ihr Ballett angesetzt. Schon im November v. J. sollte der Prozeß, der den Angeklagten die Ausstellung unzuchtiger Abbildungen und Schriften, die Verbreitung unzuchtiger Abbildungen und Erzeugung öffentlichen Vergnügens vorwärts geführt werden, indessen war die Hauptangeklagte infolge Erkrankung nicht erschienen. Heute sind nun alle Angeklagten zur Stelle: Frau Celly de Rheydt, ihr Cheemann, Oberleutnant a. D. Seweloh, Kabarettregisseur Heinz Fuh, sowie ein Photograph, ein Buchdrucker und zahlreiche jugendliche Tänzerinnen. Die Verteidigung führen die Rechtsanwältin Arthur Wolff, Dr. Treitel und Grünsbach. Der Justizraum ist in ein Kino umgewandelt, um die anstößigen Filme an Gerichtsstelle zeigen zu können. Unter den zahlreichen Sachverständigen befinden sich der frühere Intendant v. Puttlich, Professor Max v. Schilling, Präsident Kieck, Professor Jidendracht und Julius Lieban. Die Staatsanwaltschaft hat Pfarrer Hoppe geladen.
Nach Eintritt in die Vernehmung der Angeklagten stellte der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Deerer, den Antrag

hundert Offizieren angeordnet oder von ein paar hundert Zuchthäusern angerichtet worden sind? Ich kenne den guten alten Brauch. Immer hat der Gegner Greuel begangen. Bulgariische, serbische, türkische, bolschewistische, polnische Greuel. Die ewige Wiederkehr. Und was für Greuel eigentlich? Seid doch etwas genauer in eurer Anklage.“
Alle schrien: „Und die amtlichen Feststellungen?“
„Und die Zeugenaussagen?“
Réal verbat sich mit einer Gebärde das Durcheinander und fuhr fort:
„Man hat eben allerhand Geschichten erfunden. Erinnern Sie sich an die berühmten vergifteten Gabeln, die ein Pileger auf den Konfodienplatz angeblickt hatte herabfallen lassen, wie der 'Matin' mit großer Aufmachung verkündet hatte? Es waren einfach Stücke alten Eizens, unbrauchbar gewordene Zangen aus irgendeiner Metallfabrik. Ein gepflagter Sad, der auf einem Güterwagen verladen war, hatte einen Teil seines Inhaltes verstreut. Und das andere Verbrechen an der Menschheit, das Ausfuchen der Leichen, um Fett zu gewinnen. Alles war beschrieben: die Ausdehnung der Fabrik, die Kleidung der Arbeiter, der Trodenplatz, die Vorrichtungen, die Kessel... und doch war die ganze Geschichte erfunden. Und ich erinnere mich, daß ein Zeitungsmann lebenswürdig schrieb: 'Wenn die Deutschen ihre Soldaten wirklich nicht kochen, so wären sie es doch imstande, diese Ungetüme!'“
Maxime Dupont fragte ironisch:
„Du findest natürlich, daß sich die Boches wie die Lämmer benommen haben?“
Réal erjuchte geduldig, man möge ihn nicht für einen Trottel halten.
„Das heißt, du findest das alles entschuldigbar unter dem Vorwand: Es ist eben Krieg!“
„Nie und nimmer. Ich entschuldige nicht die Deutschen, ich klage den Krieg an, was nicht ein und dasselbe ist. Die Deutschen haben unlegugbar Grausamkeiten begangen. Ich kann sehr gut begreifen, daß man sich nur mit Entrüstung und Schrecken daran erinnert. Aber es ist nicht minder unlegugbar, ich muß es wiederholen, daß alle Menschen, die Krieg geführt haben, Grausamkeiten begangen.“
Der leidenschaftliche kleine Giraudet näselte:
„Seit Frankreich der Welt die Menschenrechte verkündet hat...“
Réal lächelte. Eine seiner letzten Arbeiten hatte ihm Rüstzeug geliefert.
(Fortsetzung folgt.)

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

auf Ausschluß der Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Sitzung. Das Gericht beschließt, die Öffentlichkeit auszu-schließen, der Presse und den mit Rücksicht auf das jugendliche Alter der angeklagten Tänzerinnen anwesenden Vertretern der Jugendwohlfahrtspflege die Anwesenheit zu gestatten. Ferner beschließt das Gericht, die Vorführung der Tänze am 12. Januar, vormittags 10 Uhr, in dem Neuen Theater am Zoo stattfinden zu lassen. Hierauf wird der Saal verdunkelt und die Vorführung der Filme beginnt.

Der Vatermord in Buchholz

Um sich und die Mutter von dem entmenschten Vater zu befreien.

Das Geständnis der 20 Jahre alten Tochter Elisabeth Bathauer aus der Berliner Straße zu Buchholz, selbst ihren Vater umgebracht zu haben, hat, wie wir schon mitteilten, unter allen Personen, die das Mädchen kannten, eine große Ueberraschung hervorgerufen. Alle sind davon überzeugt, daß nur die völlige Verzweiflung das Mädchen dahin getrieben habe, daß es schließlich zur Vatermörderin wurde. Ein großer Kreis von Leuten aus Buchholz und Niederischhöfen, die die Verhältnisse genau kennen, hat sich zusammengetan, um jetzt und auch später vor Gericht für das Mädchen einzutreten. Bei der Kriminalpolizei melden sich immer neue Zeugen, die bekunden, wie schrecklich Frau Bathauer und die Tochter unter den Gewalttätigkeiten des unmenschlichen Mannes gelitten haben. Er war, wie berichtet, Gewohnheitstrinker und arbeitsscheu. Er lebte von dem Lohn der Tochter, da die Mutter infolge der schweren Mißhandlungen schon längere Zeit arbeitsunfähig war. Einzelheiten, die diese Zeugen aussagen, lassen erkennen, daß der Mann Frau und Tochter mit tierischer Roheit behandelte hat. So hat er, wie schon mitgeteilt, tatsächlich versucht, die Frau aus dem Fenster zu werfen. Die Tochter hat er wiederholt an den Haaren gerissen und mit dem Kopf auf den Boden geschlagen. Zuletzt ging er sogar soweit, der Tochter in sittlicher Beziehung nachzustellen. Der Unmensch scheute vor nichts zurück, und als er an dem fraglichen Abend mit den Zähnen knirschend und mit den Fäusten gestikulierend im Bett lag, hatte das Mädchen wieder eine solche Angst vor ihm bekommen, daß es tatsächlich nicht mehr seiner Sinne mächtig war, als es in der Verzweiflung zum Beil griff, um sich und die Mutter, an der es mit großer Liebe hing, von dem verhaßten Vater zu befreien.

Seit Oktober vermisst. Seit dem 2. Oktober 1921 wird der Komtortist Billy Kene, der bei seinen Eltern im Hause Feurigstr. 44 in Schöneberg wohnte, vermisst. Er hatte an diesem Tage die Absicht geäußert, eine Ruderpartie machen zu wollen, ist aber nicht mehr zurückgekehrt. Alle nach seinem Verbleib bisher angestellten Ermittlungen sind ergebnislos gewesen. Wer über den Verbleib des Kene Auskunft geben kann — dies gilt besonders für Bootsverleiher in der Umgegend Berlins — wird gebeten, umgehend der Nachrichtenstelle über Vermisste und unbekannte Tote im Polizeipräsidium Berlin Mitteilung zu machen.

Schießerei eines französischen Soldaten. Große Aufregung verurteilte in der Nacht auf gestern in der Prinz-Albrecht-Straße folgender Vorfall. Der aus Paris gebürtige 25jährige französische Soldat Boisse Bela, der bei der interalliierten Reparationskommission in der Prinz-Albrecht-Str. 9 beschäftigt ist, zog etwa gegen 2 Uhr nachts auf der Straße vor seinem Hotel einen Revolver und gab daraus sieben Schüsse ab. Um Unheil zu verhüten, wurde der Schütze von Polizeibeamten fixiert und der interalliierten Kommission zugeführt. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei ist, trotzdem sich mehrere Personen auf der Straße befanden, niemand verletzt worden.

Frau Halenzahl aus der Haft entlassen. In der Strafsache gegen Tiede und Genossen ist gestern auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. Siegf. Löwenstein und Dr. Grünberg die der Teilnahme an der Ermordung ihres Ehemannes beschuldigte Frau Halenzahl vom Untersuchungsrichter mit Zustimmung des Staatsanwalts ohne Sicherheitsleistung aus der Haft entlassen worden. Es hat sich herausgestellt, daß Frau Halenzahl an der Tötung ihres Ehemannes durch dessen Kompagnon Tiede völlig unbeteiligt war. Die Untersuchung hat auch keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß sie den Tiede bei Fortschaffung der Leiche nach Eberswalde behilflich gewesen ist, obgleich sie nicht bestritten hat, den Tiede bei der Fahrt dorthin begleitet zu haben. — Tiede selbst bestrittet übrigens nach wie vor, die Tat mit Uebereizung begangen zu haben; er behauptet noch jetzt, von Halenzahl angegriffen worden zu sein und in der Aufregung einen Revolver auf ihn gerichtet zu haben, der dann im Handgemenge sich entladen und den Halenzahl tot niedergebrennt habe. Da Zeugen bei dem Vorfall nicht zugegen waren, wird es voraussichtlich für die Schuldfrage auf die Gutachten der Sachverständigen ankommen, ob der objektive Befund der von Tiede gegebenen Darstellung widerspricht.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 11. Januar

14. Distrikt. Gemeinamer Zahlabend für alle 3 Abteilungen bei Jahn, Wörther Straße 15, und bei Beigt, Helfferstr. 21. Alle anderen Zahlabendlokale sind hiermit aufgehoben.
15. Distrikt. 12. Abteilung. Zahlabend bei Könnel, Staller Str. 30c. — 13. Abteilung bei Wietens, Schöneberg Str. 20. — 10. Abteilung bei Kelmann, Wrangelstr. 104.
Charlottenburg. 1. Abteilung. Abends 8 Uhr gemeinamer Zahlabend bei Feine, Heringstr. 17. Vortrag. — 5. Abteilung. Abends 8 Uhr gemeinamer Zahlabend bei Jahn, Galtstr. 7.
Westend. Der Arbeiterverband hat seine Spielabende im Jugendheim, Schule in der Kappstraße, jeden Mittwoch von 6-8 Uhr ab. Persönliches und wöchentliches Erscheinen der Kinder ist unbedingt erforderlich.
Neußtra-Bez. Abends 7 1/2 Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Donnerstag, 12. Januar

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Distrikt. Bildungscommission. Abends 7 Uhr Beginn der Les- und Lesergemeinschaft in der Schule Petersburger Str. 4.
12. Distrikt. 2. Abteilung. Abends 8 Uhr Funktionärsversammlung bei Kimpel, Tautschstr. 83.
20. Distrikt. Kinderjugendcommission. Abends 6 Uhr Kirchen- und Spielabend bei Wietens, Wrangelstr. 104.
Neußtra-Bez. Abends 7 Uhr Versammlung der 15. und 16. Gemeindeführer (weillich). Vortrag des Herrn Hartmut.

Bereinsanleiher

Mittwoch, 11. Januar

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Album, Wappen- und Salutarerkrankung. Nachm. 4 1/2 Uhr im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, Vorstandsvorstellung der Album, Wappen, Salutarer- und Uebermüdenkrankung. Tagesordnung: Bericht und Wunsch der Brandentzündung. Es ist Pflicht eines jeden Brandangehörigen, in dieser Veranstaltung zu erscheinen.
Verband der Angestellten, Beamten und Helferinnen. Abends 8 Uhr Sitzung, Kallertvereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Straße.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Donnerstag sind von 7 Uhr ab im Jugendkloster Handarbeit für die Unglücklichen-Kinderbewegung abzuhalten. Keine Gruppe darf fehlen. Am selben Abend Abrechnung der Sammelkästen für die Krampfbünde.

Geschäftliches

Der Innenverwalter der Firma Max Moscovitz, Sandberger Str. 10, findet auch noch in dieser Woche fünf und sechs ganz außergewöhnliche Vorteile. Damenmäntel, Schürzen, Kopfbänder, Strümpfen, Kindermäntel usw. sind teilweise 25 bis 50 Prozent herabgesetzt.

Gewerkchaftliches

Leiden eines Betriebsrats

Wiederholt haben wir uns mit dem reaktionären Treiben der Firma Fritz Werner u. Co., Marienfelde, beschäftigt. Was diese Firma sich aber an der Verhinderung zur Amtsausübung seitens des zweiten Vorsitzenden des Betriebsrates leistet, geht aus folgender Bekanntmachung hervor, die der Vorsitzende durch die Betriebsrates als letzte Ausflucht am „Schwarzen Brett“ im Betriebe anhängt:

An alle Arbeiter und Angestellte!

Dem 2. Vorsitzenden des Arbeiterrates, Kollegen Karlewitz, sind infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Art der Nachprüfung der notwendig im Sinne § 25 BRG. (Betriebsratgesetz) für die Woche vom 24. Dezember 1921 17 1/2 Stunden — 278,25 Mark nicht bezahlt worden. Wir haben der Firma den Vorschlag gemacht, diese Summe bis zur Entscheidung durch die zuständige Stelle als Lohnvorzuschuß zu zahlen. Das hat die Firma abgelehnt.

Da in dieser Woche derselbe Zustand besteht (22 1/2 Stunden), ist es dem Kollegen Karlewitz unmöglich, sein Amt noch auszuüben, da der Familie dadurch jede Lebensmöglichkeit genommen wird. Im Interesse der Kollegen und Kolleginnen hat sich der Kollege Karlewitz trotzdem entschlossen, sein Amt weiter auszuüben.

Ich richte deshalb als Vorsitzender des Betriebsrates die Bitte an alle hier Beschäftigten, die Familie zu unterstützen, so weit es ihre eigenen künftigen Mittel erlauben, um wenigstens die Familie vor Hunger zu schützen.

Die Spenden können von einem dazu Beauftragten, den die Spender selbst bestimmen, der Familie in der Wohnung, Berlin, Beusselstraße 43, 4 Treppen, übergeben werden.

Dieser unerhörte Skandal, durch wirtschaftliche Aushungerung gesetzlich verbürgte Rechte abzuwürgen, muß die weiteste Öffentlichkeit erregen. Die zuständige Gewerkschaft und die Betriebsratzentrale sei auf diesen Fall besonders aufmerksam gemacht, die es sich angelegen sein lassen müssen, der bedrängten Belegschaft des Betriebes zur Seite stehen, dem BRG. Nachachtung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß den Interpretationskünsten der Firma nicht nur ein Riegel vorgelegt wird, sondern ihr Verstoß gegen das Gesetz exemplarisch geahndet wird. Die Belegschaft selbst muß wie ein Mann hinter ihren Funktionären stehen, um dies ungeheuerliche Tun der Firma abzuwehren.

Uns wird zum erstenmal ein solcher Fall bekannt, den durchzusetzen von großer prinzipieller Bedeutung ist. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Einweilen sei aber die Firma ob ihrer Streiche gewarnt, denn sie dürfte das Gegenteil von dem erzielen, was sie wünscht.

U.S.P.-Fraktionsvorstände und Gewerkschaftsfunktionäre

Für die Fraktionsvorstände der Gewerkschaften und Betriebe, politischen Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsobleute und Betriebsräte aller Industrien findet am Donnerstag, den 12. Januar 1922, abends 7 Uhr, in den Sophienjulen, Sophienstr. 17/18, eine Versammlung obengenannter U.S.P.-D. Funktionäre statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den kommenden Betriebsratswahlen. Referent: Genosse Ziska. 2. Organisatorisches.

Pflicht eines jeden Genossen ist es, an dieser wichtigen Konferenz teilzunehmen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D.
J. A. U. Holz.

Arbeiter! Angestellte! Betriebsräte!

Unterrichtsverzeichnisse und Hörerlisten der Betriebsratsschule sind nunmehr zur Verteilung gelangt. Sie sind erhältlich:

1. bei den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften,
2. bei den dem U.S.P.-Bunde angeschlossenen Angestelltenverbänden,
3. im Bureau des U.S.P.-Bundes, Ortsamt Berlin, Reinholdsdorfer Str. 118,
4. im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsratsschule, Berlin, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Treppe.

Der Preis der Hörerliste beträgt pro Kurs 10 M. Arbeitslose können unentgeltlich am Unterricht teilnehmen. Sie erhalten Hörerkarten gegen Vorzeigung ihres Arbeitslosenausweises im Bureau der Schule.

Der Lehrplan der Betriebsratsschule enthält diesmal 55 Kurse aus den Gebieten des Arbeitsrechts, der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft. Außerdem finden eine Reihe von Einführungs-kursen statt. In Fragen der Kursauswahl erhalten die Kollegen Rat in den Lehrberatungs-sprechstunden der Schule. Diese finden regelmäßig Montags und Freitags von 4-7 Uhr statt.

Arbeiter! Angestellte!

Erwerbt euch die notwendigen Kenntnisse, um die Interessen der Kollegenschaft in den Betrieben und darüber hinaus die der gesamten Arbeitnehmererschaft zu vertreten. Besucht die Kurse der Betriebsratsschule!

Freigewerkschaftliche Betriebsratsschule für den Wirtschaftsbezirk
Abteilung: Betriebsratsschule.

Ergebnis der Arbeitgeberwahlen

Bei der gestern stattgefundenen Sitzung des Wahlausschusses sind für die Arbeitgeberwahlen der Angestelltenver-einigung 1373 abgegebene Stimmen festgelegt worden. Davon entfallen auf die Liste A (Freie Arbeitgeber) 120 Stimmen, auf die Liste B 1217 Stimmen.

Es erhalten die Liste A drei Vertrauensmänner, drei erste und drei zweite Ersatzleute, die Liste B 29 Vertrauensmänner, 29 erste und 29 zweite Ersatzleute. Die Auszählung der Stimmen für die Arbeitnehmerwahlen wird erst am Donnerstag vorgenommen.

U.S.P.-Buchbinder

Am Freitag, den 13. Januar, abends 7 Uhr, findet im Lokal von Baum, Stallhreiberstr. 47, die Fraktionsversammlung der U.S.P.-Buchbinder statt. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig, und sind alle unsere Anhänger verpflichtet, in dieser Sitzung zu erscheinen. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Weiter geben wir bekannt, daß ab Freitag, den 13. Januar, im Lokal von Baum, Stallhreiberstr. 47, unter neues Organ „Die Opposition“ zur Ausgabe gelangt. Alle U.S.P.-Vertrauenspersonen werden ersucht, die benötigten Exemplare dort abzuholen. Der Preis für das Einzel Exemplar beträgt M. 0,50. Die Zeitungen sind bei Empfang sofort zu bezahlen. — Der Fraktionsvorstand.

Reidet die Firma Buchdruckerei Wozig & Kummer, Elisabethstr. 27. Dort hat das gesamte Personal wegen Maßregelung

des Obmannes vom Betriebsrat die Arbeit niedergelegt. Arbeitsangebote seitens der Firma sind unbedingt abzulehnen!
Graphisches Kartell.

Vor einem Generalstreik der südafrikanischen Bergarbeiter. Nach Meldungen aus Johannesburg arbeiten in den südafrikanischen Bergwerken nur noch die kaufmännischen und technischen Angestellten und ein Teil der Eingeborenen, während die weißen Arbeiter geschlossen den Streik durchführen. In den Gewerkschaften wird eine Urabstimmung über einen allgemeinen Generalstreik veranfaßt, nach deren Beendigung die Gewerkschafts-Exekutive die endgültige Entscheidung treffen wird. Die Regierung hat vor Ausbruch des Bergarbeiterstreikes große Kohlenvorräte gesammelt.

Die Steuerwünsche der Regierung

Am Dienstag fand eine kombinierte Sitzung des 11. und 35. Ausschusses des Reichstags statt. Hermes gab eine längere Erklärung ab, in der er verlangte, daß die Erhöhung der Zölle auf Tee, Kaffee, Kakao nach der Regierungsvorlage unbedingt statizufinden hätte. Bei Zigaretten und Tabakfeinschnitt verlangte er anstatt 10 bis 20 Prozent. Die Biersteuer müsse in voller Höhe Gesetz werden, wobei er den Gemeinden das Recht zugestehen will, besondere Zuschläge zu erheben. Zuder ist nach seiner Ansicht unbedingt mit 100 M. pro Doppelzentner zu besteuern. Die Kohlensteuer will er mit 40 Prozent anstatt der ursprünglich geforderten 50 Prozent Erhöhung festgesetzt wissen, nachdem der Ausschuß 30 Prozent beschlossen hatte. Die Umsatzsteuer bezeichnet Hermes als das finanzielle Rückgrad des Reiches und verlangt unter allen Umständen 2 1/2 Prozent. Diese Steuer ist nach seiner Ansicht wirtschaftlich sehr wohl brauchbar. Die Zugussstättensteuer will Hermes den Gemeinden zuweisen. Sehr unbestimmt drückte er sich über die verminderten Einnahmen der Vermögensteuern aus. Er bat lediglich darum, einige dieser Steuern nach der Regierungsvorlage wiederherzustellen. Interessant war die Mitteilung, daß die Verbrauchsteuern nach den Beschlüssen des Ausschusses in erster Linie 12 Milliarden Mark weniger Einnahmen brachten; und zwar: Kohlen 4-5 Milliarden, Zuder 0,5 Milliarden, Bier 0,2 Milliarden, Tabak 0,4 Milliarden, die Umsatzsteuer 5 Milliarden, Zölle 1,5 Milliarden. Bei den Vermögensteuern nannte er keine Zahl, doch sei der Ausfall sehr erheblich. Hermes wandte sich gegen die abfällige Kritik von Ententebüchern an der Änderung der Einkommensteuer, die doch lediglich durch die Geldentwertung notwendig geworden sei.

Abgeordneter Spahn vom Zentrum glaubt Hermes den Dank des Zentrums für seine Ausführungen abstatten zu müssen. Ein Gleiches tat Abgeordneter Weder-Hessen (Deutsche Volkspartei), der nach die Meinungsäußerungen ausländischer Blätter einen Gipfel der Freiheit nannte. Eine Erklärung über die Verhandlungen in Cannes will Hermes dem Reichsminister vorbehalten, und zwar erst nach Abschluß der Verhandlungen. Koenen (Kommunist) übt Kritik an den Ausführungen Hermes. Seine Ausführungen sind etwas widersprüchlich, da er auf der einen Seite sofort eine allgemeine Steuerdebatte will, dann aber wieder meint, man könne damit auch einige Tage warten.

Verneinung möchte die beiden Ausschüsse sofort in die zweite Lesung der Steuerfrage eintreten lassen, da dies einem dringenden Bedürfnis des Reiches entspreche.

Genosse Breitfeld erklärt, daß er und seine Freunde im Gegensatz zu den Rednern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei keine Veranlassung sähen, der Regierung für ihre Mitteilungen zu danken. Was habe Herr Hermes erklärt? Im wesentlichen, daß die Regierungsvorlage wiederberechtigt werden müsse. Es sei eher Grund vorhanden, die Regierung zu tadeln, weil der Minister und seine Vertreter im Ausschuß nicht von vornherein energisch genug den Bemühungen der bürgerlichen Parteien, die Vermögensteuer zu sabotieren, entgegengetreten seien. Wenn das, was Hermes vorgebracht habe, alles sei, was er zu sagen habe, so will Breitfeld keinen Zweifel darüber lassen, daß seine Fraktion nicht daran denke, auf den Boden dieses „Kompromisses“ zu treten. Hier seien keinerlei neue Wege gewiesen, und vor allem werde jedes Eingehen auf die finanziellen Forderungen der U.S.P. und der Gewerkschaften vermieden. Ueber diesen Punkt müsse Klarheit geschaffen werden. Die Unabhängigen halten jede weitere Diskussion sowohl in dem kombinierten Ausschuß wie in den Einzelausschüssen für zwecklos, bis die Stellung der Regierung vor allem zur Erfassung der Sachwerte feststeht.

Dazu kommt dann Cannes. Alle unsere Debatten könnten durch die Beschlüsse von Cannes illusorisch gemacht werden. Breitfeld glaubt nicht, daß die Regierung in der Lage ist, dem Reichstag, sowie Hefflerich es verlangt, die Instruktionen mitzugeben, die sie ihren Vertretern gegeben hat. Wenn sie dies aber zu irgendeinem Zeitpunkt tun wolle, so sei der Steuerausgleich nicht die Körperhaft, die sich mit diesen Fragen zu befassen habe. Genosse Breitfeld spricht sich dann noch besonders gegen die Anregungen Bernheims aus, die Einzelausschüsse sofort in die zweite Lesung eintreten zu lassen, da das dazu führen könne, daß eine vorzeitige Festlegung auf die den bürgerlichen Parteien genehmen Steuern erfolge.

Bahnide (Demokrat) will die Erbschaftsteuer herabgesetzt wissen. Hefflerich spielt sich als der Beschützer der parlamentarischen Rechte des Reichstages auf, worauf nach kurzer Replik Bernheims und Koenens Vertagung eintritt.

Darauf traten der 11. und 35. Ausschuß getrennt zusammen und berieten über ihren nächsten Zusammentritt. Der 11. Ausschuß vertagt sich, bis über Cannes Klarheit geschaffen ist, der 35. Ausschuß (Verbrauchsteuern) will bereits Mittwoch vormittag zusammentreten. Unsere Genossen erhoben hiergegen ganz entschiedenen Protest aus den von Breitfeld angeführten Gründen. Recht bezeichnend war es, daß zunächst wieder die Kommunisten noch die Rechtssozialisten die Erfassung der Sachwerte erwähnten. Erst als Breitfeld diese Frage angeschnitten hatte, machte Koenen den Rechtssozialisten den Vorwurf, daß sie zu den Gewerkschaftsforderungen geschwiegen hätten.

Unsererlang eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeliefert, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beifügt ist. Das gleiche gilt für Entlagen aus dem Sekretariat.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Ullrich, Berlin-Grünow; für Kommunalpolitik, Verkehr und Gewerkschaftliches: W. Kubert, Berlin; für den Interzonen- und schiedliche Mittelungen: Ludwig Komertner, Berlin — Postfach 10000, Berlin; für die U.S.P.-Zeitung: Adolf Ullrich, Berlin — Postfach 10000, Berlin; für die U.S.P.-Zeitung: Adolf Ullrich, Berlin — Postfach 10000, Berlin.

Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden
San.-Rat
Dr. Wegscheiders Brust-Tee
nach Original-Vorschrift seit Jahren kreit. empl. und bewährt. Pakete 5- u. 10
Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße 74 am Odenhofplatz
Fernspr. Zentrum 7192